

Substanzielles Protokoll 104. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 21. Dezember 2011, 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Alain Kessler (FDP), Bruno Sidler (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 12. | 2011/345 | Weisung vom 21.09.2011:
Voranschlag (Budget) 2012 | FV |
| 15. | 2011/315 | A Postulat von Michael Schmid (FDP) und Alain Kessler (FDP)
vom 31.08.2011:
Verzicht auf die Aufhebung der Fussgängerunterführung Gott-
hardstrasse / Alfred-Escher-Strasse | VTE |
| 16. | 2011/477 | A Postulat von Simone Brander (SP) und 63 Mitunterzeichnenden
vom 07.12.2011:
Realisierung von Kaphaltstellen und einem Tempo 30-Regime
im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibe-
haltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke | VTE |
| 17. | 2011/481 | E Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011:
Tiefbauamt, Auswahl des umweltschonenden Fahrzeugmodells
bei der Ersatzbeschaffung der Sammelfahrzeuge für die Bioab-
fallsammlung | VTE |
| 18. | 2011/482 | E Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011:
ERZ, Auswahl des umweltschonenden Fahrzeugmodells bei der
Ersatzbeschaffung von zwei Lastwagen | VTE |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2094. 2011/345

Weisung vom 21.09.2011: Voranschlag (Budget) 2012

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 103 vom 21.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

Antrag 142.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Christine Seidler (SP): Die RPK-Mehrheit setzt sich hier für die Realisierung von Velowegen an der Hardbrücke und das Veloparkiersystem ein. In Zürich sind sichere Veloparkplätze besonders an Knotenpunkten rar. In einem weiteren Punkt geht es auch um flankierende Massnahmen im Zusammenhang mit der Durchmesserlinie. Mit der Eröffnung der Durchmesserlinie wird es zur Verlagerung von Umsteigebeziehungen kommen. Um dem wohl massiv zunehmenden Pendler- und Fussgängerverkehr mit einer optimalen Erschliessung und genügend Fläche begegnen zu können, beantragen wir die Einstellung von 400 000 Franken zusammen mit der Projektierung und Realisierung des Veloweges Hardbrücke. Dieser Antrag ist mit Antrag 143 verknüpft, bei dem ich noch kurze Ergänzungen anfügen werde.

Walter Angst (AL): Im September 2011 wurde ein Postulat eingereicht, das die Einrichtung von automatischen, unterirdischen, kostenpflichtigen Parkiersystemen für Velos verlangt. Die Parkiersysteme werden wohl nicht kostendeckend betrieben werden können, doch es ist das erste Parkiersystem auf der Traktandenliste. Am 16. November 2011 wurden zudem Massnahmen gegen den Velodiebstahl gefordert. Für die Umsetzung würde einiges benötigt, so zum Beispiel mehr Polizisten, um die Aufklärungsrate zu steigern, oder Velochips mit GPS. Diese Massnahmen würden hohe Kosten verursachen. Für die AL ist es unmöglich, im Rahmen des Budgets 200 000 Franken einzustellen, bevor überhaupt über die Postulate diskutiert wurde.

Martin Bürlimann (SVP): Die Minderheit 2 schlägt beim Posten Dienstleistungen Dritter eine Verbesserung des Budgets von 790 000 Franken vor. Der Betrag soll auf die Höhe des Budgets 2011 gekürzt und das Betriebsbudget „Kunst im öffentlichen Raum“ soll gestrichen werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP reichte das Postulat für das automatische Parkiersystem ein. Deshalb unterscheidet sich die Minderheit 3 von der Minderheit 2 um die Differenz von 50 000 Franken.

S. 271	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
142.	Antrag Stadtrat			6'857'300	
			400'000	7'257'300	Mehrheit
			350'000	7'207'300	Minderheit 1
		790'300		6'067'000	Minderheit 2
		740'300		6'117'000	Minderheit 3
					Christine Seidler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
					Walter Angst (AL) Referent Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
					Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)
		Begründungen:			
		Mehrheit: Durchmesserlinie 300'000, Veloweg Hardbrücke 50'000, autom. Parkiersystem Velo 50'000			
		Minderheit 1: Durchmesserlinie 300'000, Veloweg Hardbrücke 50'000			
		Minderheit 2: Betrag gemäss Budget 2011 plus Betriebsbudget Kunst im öffentlichen Raum: Streichung DL 3			
		Minderheit 3: Verbesserung: Betrag gemäss Budget 2011 plus Betriebsbudget Kunst im öffentlichen Raum: Streichung DL 3, Verschlechterung: autom. Parkier- system Velo 50'000			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und der Minderheit 1.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (7'257'300) 77 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Anträge 143. und 143.a

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Christine Seidler (SP): Dieser Antrag ist mit dem vorhergehenden Antrag 142 verknüpft. Bei Antrag 143 kommt die Projektierung der Velowege Weinbergstrasse und Rämistrasse dazu. Uns ist die Verkehrssicherheit – auch diejenige des Langsamverkehrs – wichtig.

Roger Liebi (SVP): Wir beantragen eine moderate Kürzung des Kontos um 15 000 Franken bei der Projektbegleitung des Projektes „zürich-maritim“.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Minderheit 2 beantragt ebenfalls eine Verbesserung um 15 000 Franken bei der Projektbegleitung, befürwortet jedoch das automatische Parkiersystem, das 150 000 Franken kostet. Insgesamt ergibt dies eine Verschlechterung von 135 000 Franken.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir waren gegen den Hafenkran und werden diese Meinung auch beim vorliegenden Antrag beibehalten. Wir befürworten jedoch die Veloanlage und möchten auch die Velowege fördern. Das entspricht unserem Programm und der Stadtinitiative.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Ich beziehe mich nur auf die Velowege Weinbergstrasse und Rämistrasse: Velowege an diesen Orten wären mit dem Tram unvereinbar. Auf faktisch unmögliche Ausgaben sollte verzichtet werden.*

S. 271	35 3515 3182 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Planung/Projektierung Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
143.	Antrag Stadtrat				5'125'800 780'000 5'905'800	Mehrheit
			15'000		5'110'800	Minderheit 1
				135'000	5'260'800	Minderheit 2
						Enthaltung
143.a				765'000	5'890'800	Minderheit 3
						Antrag von Dr. Martin Mächler (EVP)
			Begründungen:			
			Mehrheit: Velowege: Hardbrücke 150'000, Weinbergstr. 80'000, Rämistr. 400'000, autom. Parkiersyst. Velo 150'000			
			Minderheit 1: Projektbegleitung "zürich-maritim" durch AG Kunst im öffentlichen Raum			
			Minderheit 2: Verbesserung: Projektbegleitung "zürich-maritim" durch AG Kunst im öffentlichen Raum 15'000, Verschlechterung: autom. Parkiersystem Velo 150'000			
			Minderheit 3: Verschlechterung: Velowege: Hardbrücke 150'000, Weinbergstr. 80'000, Rämistr. 400'000, autom. Parkiersyst. Velo 150'000, Verbesserung: Projektbegleitung "zürich-maritim" durch AG Kunst im öffentlichen Raum			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit, der Minderheit 2 und der Minderheit 3.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (5'905'800) 66 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 144.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Der Antrag behandelt die verschiedenen Fussgängeranlagen, namentlich die neuen Einrichtungen bei der Rosengartenstrasse und am Bucheggplatz. Wir erachten die neuen Anlagen als unmöglich. Sie werden zu vermehrtem Stau führen und nicht die von den Befürwortern beabsichtigte Wirkung erzielen. Das vorderste Ziel der Mehrheit und auch des Stadtrats scheint zu sein, den motorisierten Individualverkehr mit allen Mitteln zu beschränken. Es wird keine Rücksicht auf die dort wohnhaften Personen genommen, die dann noch mehr belastet werden. Wir beantragen deshalb eine Kürzung von 575 000 Franken.*

Christine Seidler (SP): Die Zeiten, in denen jegliche Entwicklung auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet war, sind vorbei. Die Mehrheit der RPK wünscht sich keine Förderung von monofunktionalen Räumen und unterstützt die Förderung des Langsamverkehrs. Wir möchten keine Behinderung der Fussgänger, Velofahrer oder schwächeren Verkehrsteilnehmer und folgen dem Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um einen neu geplanten Fussgängerstreifen beim Schulhaus Nordstrasse in Wipkingen. Der Fussgängerstreifen ist für Kinder gefährlich. Die Rosengartenstrasse hat eine sehr starke Steigung und der Bremsweg ist sehr lang. Genau an dieser Stelle existiert eine Unterführung. Diese wurde vor wenigen Jahren komplett saniert und verschönert. Sie kann problemlos benutzt werden. Die Fussgängerstreifen beim Schulhaus Nordstrasse und beim Bucheggplatz würden den Verkehr stark behindern. Das Anfahren an der Steigung würde Lärm und Abgase produzieren. Das wichtigste Argument ist jedoch die Sicherheit. Es ist inakzeptabel, dass mit dem ideologisch motivierten Fussgängerstreifen der Unfall eines Kindes in Kauf genommen wird. Lehnen Sie deshalb den Budgetposten ab und unterstützen Sie unseren Antrag.

S. 274	35 3515 510101	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
144.	Antrag Stadtrat				12'243'200	Mehrheit Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			575'000		11'668'200	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Fr 186'300 und Fr 84'200 Rosengartenstr., Fr 304'500 Bucheggplatz verkehrsbehindernd und unnötig

Martin Bürlimann (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Martin Bürlimann (SVP) mit 106 gegen 11 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
003	Abele	Martin	Grüne	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
060	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN

113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	NEIN
161	Bosshard	Gerhard	EVP	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
043	Butz	Marlène	SP	JA
062	Di Concilio	Salvatore	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
066	Enderlin Cavigelli	Regula	SP	JA
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
050	Filli	Peider	Grüne	JA
008	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
032	Gut	Christoph	SP	JA
119	Hagger	Joachim	FDP	--
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	JA
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
036	Hauri	Andreas	GLP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
201	Heinrich	Uschi	SP	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
088	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
033	Jahreiss	Fiammetta	SP	JA
031	Jüsi	Bernhard	SP	JA
069	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	JA
016	Katumba	Andrew	SP	JA
132	Kessler	Alain	FDP	NEIN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	NEIN

002	Leiser	Albert	FDP	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
001	Manser	Joe A.	SP	JA
156	Margrit	Haller	SVP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
073	Nagel	Ueli	Grüne	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	JA
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
005	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
083	Rutherford	Catherine	AL	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	--
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
070	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
059	Tozzi	Lucia	SP	JA
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
037	Trottmann	Maria	GLP	JA

108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urban	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
061	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
157	Weiss	Urs	SVP	NEIN
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
072	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 41 Stimmen zu.

S. 274	35 3515 510703	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Fussgängeranlagen: Neugestaltung des Sechseläutenplatzes				Stimmen
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
145.	Antrag Stadtrat			8'255'000	Mehrheit	Christine Seidler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		8'255'000		0	Minderheit Enthaltung	Walter Angst (AL) Referent Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP)
Begründung: Verschiebung der Ausführung zwecks Neupriorisierung der Investitionsplanung für Bildung und nicht aufschiebbarer Infrastrukturmassnahmen						

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

Antrag 146.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christine Seidler (SP): Auf die Eröffnung des Uetlibergtunnels im Jahr 2009 wurden der Bevölkerung der Kreise 3 und 4 flankierende Massnahmen versprochen. Diese wurden jedoch noch nicht bei allen Strecken der Westtangente umgesetzt. Rund 1 000 Autos fahren durch die Birmensdorferstrasse. Das ist eine belastende Situation. Die Massnahmen müssen umgesetzt werden.

Roger Liebi (SVP): Christine Seidler (SP) scheint die Auswirkungen der flankierenden Massnahmen nicht ganz verstanden zu haben. Eine der flankierenden Massnahmen im Quartier ist beispielsweise die Schliessung an der Haldenstrasse, die bewirkt, dass genau an der Birmensdorferstrasse noch mehr Verkehr entsteht.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Die GLP wird die Minderheit unterstützen. Die Verwaltung wurde gefragt, ob es Sinn machen würde, die flankierende Massnahme an der Birmensdorferstrasse vorzuziehen. Die Frage wurde bei einem anderen Konto gestellt und dort klar verneint – unter anderem, weil das Projekt nicht rechtzeitig angemeldet werden könnte und dadurch Gelder aus dem Agglomerationsfonds verloren gehen würden. Dass nun der Antrag bei einem anderen Konto gestellt wird, macht ihn nicht besser. Wir sind grundsätzlich nicht gegen die flankierenden Massnahmen, doch dieser Antrag scheint uns nicht sinnvoll. Wir schliessen uns der Minderheit an.

Christine Seidler (SP): Eine Richtigstellung: Es handelte sich um zwei verschiedene Anträge. Den von Samuel Dubno (GLP) angesprochenen Antrag haben wir genau aus den genannten Gründen zurückgezogen.

Roland Scheck (SVP): Für die Birmensdorferstrasse befinden sich noch rund 5,2 Mio. Franken Baukosten in der Pipeline. Wie hier mit 40 000 Franken etwas beschleunigt werden soll, entzieht sich unserem Verständnis. Bereits in einer vergangenen Zusatzkredit-Debatte wurde dauernd am Bauprogramm herumgeschraubt. Stellt man ein laufendes Bauprogramm um, wird es nicht schneller, aber letztlich bestimmt teurer. Die SVP wies immer darauf hin, dass die flankierenden Massnahmen unglaublich schädlich für das Quartier Wiedikon sind. Die Eröffnung der Weststrasse führte zu einer deutlichen Entlastung der Birmensdorferstrasse. Während den Spitzenzeiten floss der Verkehr wieder, der Schleichverkehr verschwand aus den Wohngebieten und bewegte sich zurück auf das übergeordnete Strassennetz. Die Quartierbewohner waren mit der neuen Situation sehr zufrieden. Doch inzwischen wurden die ersten Etappen der flankierenden Massnahmen umgesetzt und es funktioniert bereits wieder nichts. Der Stadtrat produziert künstlich Stau und belastet das gesamte Quartier. Halten Sie sich an das vorgesehene Bauprogramm. Die Bevölkerung leidet schon jetzt mehr als genug unter der verfehlten Verkehrspolitik.

Christoph Spiess (SD): Bei einer solchen Umfahrung braucht es flankierende Massnahmen. Wir befürworten diese grundsätzlich. Doch die wichtigste Massnahme, die Entfernung der Sihlhochstrasse, wird leider nicht vorangetrieben. Das Vorgehen in Wiedikon ist teilweise nicht mehr nachvollziehbar. Dieselben Flächen wurden zum Teil mehrmals asphaltiert und wieder entfernt. In der Birmensdorferstrasse wurde eine Velorampe von 15 Metern Länge gebaut, die keinen Nutzen für den Velofahrer bringt. Es handelt sich um ein Hindernis, um den Verkehr noch mehr zu verengen. Trottoirs wurden verschmälert, es wurde eine Abschrägung angebracht, um eine viel zu schmale Velospur zu machen. Am Goldbrunnenplatz sind schon diverse ähnliche Projekte eingezeichnet. Mit solchen Massnahmen wird die Verkehrsmenge nicht sinken. Solange die Bevölkerung in Zürich zunimmt, wird es auch mehr Verkehr geben. Ich fordere den Stadtrat auf, diese Angelegenheit zu stoppen und die Projekte am Goldbrunnenplatz nicht zu realisieren. Der hier vorgesehene Kredit würde dann genügen. Wir können deshalb der Erhöhung nicht zustimmen.

Dr. Ueli Nagel (Grüne): Eine kurze Richtigstellung zur Haldenstrasse: Es handelt sich nicht um eine Sperrung, sondern um einen auf drei Monate beschränkten Versuch mit einer temporären Teilsperre. Der Versuch wird ausgewertet und aufgrund der Resultate wird nach einer sinnvollen Lösung gesucht. Zudem steht der Versuch nicht in einem direkten Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen. Es geht darum, ein über dreissigjähriges Anliegen in diesem Quartier endlich zu lösen. Natürlich muss in einem Verkehrssystem alles mitberücksichtigt werden. Doch bei der Haldenstrasse sollte man bei den Tatsachen bleiben.

Roger Liebi (SVP): Christoph Spiess (SD) hat die Situation in Wiedikon ausgezeichnet dargelegt. Zum Votum von Dr. Ueli Nagel (Grüne): Das Gewerbe und auch die Anwohner in diesem Bereich fühlen sich durch die Sperrung der Haldenstrasse und die dadurch gestiegene Verkehrsmenge beinahe noch mehr behindert als durch den Transitverkehr.

Dr. Richard Wolff (AL): Zwei Merksätze, was gemäss der SVP eine ideologiefreie Verkehrspolitik ist: Erstens: Nur ein Quartier mit möglichst viel Autoverkehr ist ein lebenswertes Quartier. Zweitens: Zum Volk gehört nur, wer ein Auto besitzt.

S. 275	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	513000	Bau von Strassen: Sammelkonto			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
146.	Antrag Stadtrat			6'262'600	Minderheit
			40'000	6'302'600	Mehrheit
					Enthaltung
					Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Christine Seidler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
					Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Schnellere Umsetzung flankierende Massnahmen Birmensdorferstrasse

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 54 gegen 60 Stimmen ab.

Antrag 147.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Urs Schmid (FDP): Die Mehrheit ist für den Verzicht auf die Aufhebung der Fussgängerunterführung Alfred-Escher-Strasse. Wir bitten Sie, den Betrag um 674 000 Franken zu kürzen.

Christine Seidler (SP): Wir wollen nicht auf die Aufhebung der Alfred-Escher-Strasse-Unterführung verzichten. Unser Anliegen ist folgendes: Die Kommunikation mit dem TED gestaltete sich sowohl in der Spezialkommission als auch in der RPK als äusserst schwierig. Planausgaben wurden verweigert und damit fehlte eine wichtige Entscheidungsgrundlage für Kredite, die eingestellt werden sollten. Dieser Umstand veranlasste die Minderheit 2 dazu, Projekte zu streichen, die sie nicht beurteilen konnte. Da das TED jedoch Besserung gelobte, zieht die Minderheit 2 ihren Antrag zurück und stimmt mit der Minderheit 1.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die FDP und die SVP möchten die Aufhebung der Fussgängerunterführung im letzten Augenblick verhindern. Die weder rollstuhlgängige noch kinderwagentaugliche Unterführung soll aufgehoben werden. Neu soll ein Fussgängerstreifen mit Lichtsignalanlage geschaffen werden. Die Autofahrer möchten möglichst schnell und hindernisfrei durch die Stadt fahren können, Fussgänger und Velofahrer sollen dafür einen Umweg machen müssen. Normalerweise setzen sich sehr viele Ratsmitglieder für die Fussgängerinnen und Fussgänger ein, doch ich bin nun als Einzi-

ge bei der Minderheit 1. Die Grünen setzen sich hier gerne für die Fussgängerinnen und Fussgänger ein. Das TED verlängerte die Öffnungszeiten, es wurde alles getan, damit die RPK-Mitglieder die Pläne betrachten können. Doch kein einziges RPK-Mitglied nutzte diese Gelegenheit. Kommen die Pläne via E-Mail, werden sie wohl auch nicht genauer gelesen. Die Minderheit 1 befürwortet den neuen Zebrastreifen mit der Lichtsignalanlage.

Weitere Wortmeldungen:

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Ich werde zuerst zum Postulat sprechen, das wir ablehnen. Die Unterführung erfüllt die Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes nicht mehr. Deshalb entwickelte die Stadt in Absprache mit dem Kanton die neue Lösung mit dem Fussgängerstreifen und der Lichtsignalanlage. Die Arbeiten an der Alfred-Escher-Strasse sind bereits im Gange. Die Fussgängerunterführung wird in drei Etappen zurückgebaut. Der mittlere Abschnitt wurde bereits abgebrochen. Das Thema hat sich in diesem Sinne bereits erledigt.

Mauro Tuena (SVP): Wir unterstützen sowohl den Budgetantrag als auch das Postulat der FDP. In finanziell schwierigen Zeiten haben wir kein Verständnis für den Abbau der Unterführung. Zudem wurden Verkehrsstudien erwähnt, die dem Departement vorliegen, der Kommission jedoch nicht vorgelegt wurden. Erst auf Druck unsererseits wurde uns Einsicht in die Studien versprochen. Ich warte aber immer noch auf diese Studien. Es stellt sich die Frage, ob hier etwas vorenthalten oder verheimlicht wird. Ich bin überzeugt, dass der Bau des Fussgängerstreifens für den motorisierten Individualverkehr dramatische Auswirkungen haben wird.

Marlène Butz (SP): Wir erachten die Schliessung der Unterführung als sehr vernünftig. Auch der Kanton befürwortete die Schliessung. Die Unterführung ist seit drei Wochen geschlossen, das Postulat wird wohl zurückgezogen. Ich möchte daran erinnern, dass der Unterhalt der Unterführung durchaus Kosten verursacht hat. Der Umweg für all jene, die die Unterführung nicht benutzen konnten, war nicht zumutbar. Das zeigt sich jetzt, wo die Unterführung geschlossen und der ebenerdige Übergang noch nicht offen ist. Meines Wissens hat noch niemand den Umweg auf sich genommen. Die Fussgänger überqueren einfach die Fahrbahn und die Baustelle. Der Umweg ist also offenbar auch für normale Fussgänger unattraktiv. Für gehbehinderte Personen war er absolut unzumutbar.

Florian Utz (SP): Karin Rykart Sutter (Grüne), warf uns vor, die Unterlagen nicht gelesen zu haben, die wir erhielten. Dieser Vorwurf ist nicht belegbar. Es gehört zur Fairness der Debatte, dass ein erhobener Vorwurf auch belegt wird. Wir alle haben unsere Arbeit immer gemacht, auch Christine Seidler (SP).

Mario Mariani (CVP): Die CVP wird sich der Mehrheit anschliessen. Ich kenne das Gutachten nicht. Doch eines ist zu berücksichtigen: Der Fussgängerstreifen liegt an einer Stelle, an der Autofahrer mit 50 oder 60 km/h aufwärts fahren. Es müssten noch Alternativen zu einem Fussgängerstreifen geprüft werden, zum Beispiel ein leichter Fussgängersteg, der über die Rampe führt. Gerade angesichts der momentanen Debatte über die Gefährlichkeit von Fussgängerstreifen wehre ich mich gegen die Schaffung von neuen, gefährlichen Fussgängerstreifen. Wir werden das Postulat, falls es nicht zurückgezogen wird, ablehnen.

S. 275	35 3515 513901	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
147.	Antrag Stadtrat				28'298'400	Minderheit 1
					674'000	Mehrheit
					1'231'000	Minderheit 2
						Enthaltung
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP)
						Christine Seidler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
						Samuel Dubno (GLP)
						Begründung: Mehrheit: Fussgängerunterführung Alfred-Escher-Strasse; Minderheit 2: Streichung von Projekten, bei welchen das TED die Zustellung der Pläne verweigerte

Die Minderheit 2 zieht ihren Antrag zurück und unterstützt den Antrag der Minderheit 1.

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 44 gegen 78 Stimmen ab. Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt.

2145. 2011/315

Postulat von Michael Schmid (FDP) und Alain Kessler (FDP) vom 31.08.2011: Verzicht auf die Aufhebung der Fussgängerunterführung Gotthardstrasse / Alfred-Escher-Strasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michael Schmid (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1683/2011) und zieht es zurück: *Mit diesem Postulat forderten wir den Erhalt der Unterführung an der Gotthardstrasse/Alfred-Escher-Strasse. Der Vorstoss wurde primär aus Fussgängeroptik eingereicht und im Falle des ersten Unterzeichners aus der Perspektive einer Person, die die Unterführung während 30 Jahren regelmässig benutzte. An anderen Orten – Beispiel Sihlcity – diskutieren wir über die Errichtung von Personenunterführungen, an der Alfred-Escher-Strasse wird eine bewährte sichere Verbindung zwischen dem ÖV-Knotenpunkt Tessinerplatz und dem Kongresshausquartier abgeschafft. Bezüglich der allfällig bestehenden Konflikte mit dem Behindertengesetz war ein Leitbild in Ausarbeitung. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor. Vor einem Jahr wurde das SP-Postulat, das die Aufhebung der Unterführung forderte, angesichts der drohenden Ablehnung im Rat zurückgezogen. Das TED liess sich in der weiteren Planung nicht davon beeindrucken und hat inzwischen irreversible Fakten geschaffen. Deshalb ziehen wir nun unser Postulat zurück.*

Mitteilung an den Stadtrat

2094. Antrag 149.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christine Seidler (SP): *Es ist unbestritten, dass die Nordbrücke ersetzt werden muss. Die Mehrheit der RPK ist bereit, dafür Geld ins Budget zu stellen, dies allerdings mit*

dem Anliegen, dass kein Ausbau für den motorisierten Individualverkehr (MIV) stattfindet, erst recht nicht auf Kosten des Langsamverkehrs. In der RPK wurden zwei Mal Rückfragen gestellt, wie viel Geld im Budget für den Ersatz der Nordbrücke in der heutigen Form eingestellt werden müsste. Die Antworten besagten lediglich, dass die Nordbrücke dringend ersetzt werden müsse. Dies führte dazu, dass die Mehrheit der RPK nach eigener Kostenschätzung rund 2 Mio. Franken ins Budget einstellte. Wir möchten somit eine Verbesserung von 2 Mio. Franken erzielen.

Roger Liebi (SVP): Bei den Antworten auf die Rückfragen hiess es, die Nordbrücke müsse mit diesem Betrag saniert werden, da die Brücke am Ende ihrer Lebensdauer sei. Wir wollen keine Unfälle riskieren, nur um zu sparen. Es ist unverständlich, warum die Mehrheit 2 Mio. Franken kürzen will und ein Sicherheitsrisiko in Kauf nimmt. Die Verbesserung des Budgets wäre nur eine Scheinverbesserung. Wir sind deshalb dagegen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Die RPK erhielt ein Faktenblatt, auf dem die drei verschiedenen Positionen klar ersichtlich sind: Der Ersatz der Brücke kostet insgesamt 5,15 Mio. Franken. Die Tranche für das Jahr 2012 beträgt 4 Mio. Franken. Der Treppenaufgang kostet 168 000 Franken und die Oberfläche rund 700 000 Franken. Wenn nun im damit zusammenhängenden Postulat nichts anderes als die heutige Situation mit dem Brückenneubau verlangt wird, benötigen wir zumindest die 4 Mio. Franken. Der Stadtrat lehnt das Postulat deshalb ab. Der Brückenbau und der Strassenbau sind gebundene Kosten, die auch vom Kanton übernommen werden. Ich bitte Sie, den 4 Mio. Franken zuzustimmen, damit der Bau der Brücke gestartet werden kann. Zur Fertigstellung wird im Jahre 2013 dann nochmals rund 1 Mio. Franken benötigt.

Weitere Wortmeldungen:

Christine Seidler (SP): Grundsätzlich ist die Ablehnung des Postulats nicht nachvollziehbar. Die RPK-Mehrheit wird die Stadträtin unterstützen, wenn sie einen Zusatzkredit bringt. Die RPK-Mehrheit stellt sich nicht gegen die Nordbrücke, verlangt jedoch eine Bestätigung, dass keine Veränderung zugunsten des MIV vorgenommen wird.

Dr. Richard Wolff (AL): Roger Liebi (SVP) sprach vom Sicherheitsrisiko. Von einem Sicherheitsrisiko kann höchstens bei einem Ausbau der Brücke die Rede sein, wenn mehr Verkehr durchfließt und die Autos am stehenden Bus vorbei über die Fussgängerstreifen fahren. Wir haben hier die Möglichkeit, Geld einzusparen. Das Sicherheitsrisiko wird nicht vergrössert, im Gegenteil. Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Sanierung, aber gegen eine Verbreiterung der Strasse.

Mauro Tuena (SVP): Die Brücke ist in einem schlechten Zustand und muss aus Sicherheitsaspekten saniert werden. Wenn man dies nun als guten Posten für Einsparungen erachtet, mag das für den Antrag 149 zutreffen. Doch beim Postulat kann nicht mehr von Sparen gesprochen werden, wenn verlangt wird, dass die Haltestellen in die Strasse hinausgebaut werden. Für die Sicherheit sind normale Haltestellen wesentlich besser. Durch diese entsteht auch kein Rückstau, der den motorisierten Individualverkehr und Warenlieferanten aus dem Gewerbe behindern würde.

Kathy Steiner (Grüne): Das Projekt Nordbrücke muss im Kontext der gesamten Quartierentwicklung betrachtet werden. Das Quartier Wipkingen erfuhr Ende der 60er-Jahre mit dem Bau der Hardbrücke und dem Ausbau der Rosengartenstrasse einen grossen

Umbruch und wurde zu einem Transitquartier. Mit dem Strassenausbau begann auch der Wegzug der Geschäfte vom zentralen Wipkingerplatz. Der Quartierverein Wipkingen setzte sich jahrelang für ein neues Quartierzentrum am Röschibachplatz ein. Nun läuft die Planung für die Neugestaltung des Platzes. Umso unverständlicher ist es, dass nun bei der Planung der Nordbrücke so wenig Rücksicht darauf genommen wurde, dass die Brücke direkt in der Nachbarschaft des neuen zentralen Quartierplatzes liegt. Die Nordbrücke ist als Teil des Quartierzentrums zu behandeln. Die Sanierung darf keine Beschleunigung des Autoverkehrs zur Folge haben. Die Grünen sind der Überzeugung, dass deshalb auf eine Verbreiterung der Brücke verzichtet werden sollte.

S. 276	35 3515 514718	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
		Tiefbauamt			
		Erneuerungsunterhalt von Brücken: Nordstrasse, SBB-Überführung (Nordbrücke)			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
149.	Antrag Stadtrat			4'043'300	Minderheit
		2'000'000		2'043'300	Mehrheit
					Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Kein Ausbau MIV-Kapazität, keine Verschmälerung der Trottoirs

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 46 Stimmen zu.

2146. 2011/477

Postulat von Simone Brander (SP) und 63 Mitunterzeichnenden vom 07.12.2011: Realisierung von Kaphaltstellen und einem Tempo 30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Wortmeldung siehe Antrag 149 (104. Sitzung, Beschluss-Nr. 2094/2011).

Simone Brander (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2087/2011): *Als im Winter 2010 das Strassenprojekt Nordbrücke auflag, kamen aus Wipkingen zahlreiche Einsprachen von Verkehrsorganisationen, politischen Parteien, aber auch von Anwohnerinnen und Anwohnern und dem Quartierverein sowie dem Gewerbe. Die Strasse soll verbreitert und das Trottoir verschmälert werden. Dies, obwohl die Nordbrücke im Verkehrsrichtplan als Fussgängerbereich festgelegt ist und ein entsprechendes verbindliches Objektblatt existiert, das Massnahmen zur Aufwertung für Fussgängerinnen und Fussgänger im Quartierzentrum Nordbrücke vorsieht. Das Vorhaben des Stadtrats, die Brücke für Autos auszubauen, widerspricht deshalb ganz klar den geltenden Planungsgrundlagen. Im Frühling 2011 wurde eine Petition mit der Forderung nach Tempo 30 auf der Nordbrücke eingereicht. In der Petition wehrt man sich auch gegen die Verschmälerung der Trottoirs. Die Antwort des Stadtrats ist immer noch ausstehend. Inzwischen initiierte das TED jedoch ein Verfahren zur Umgestaltung des Röschibachplatzes. Eine*

gute Idee – doch es mutet seltsam an, wenn in der Nähe gleichzeitig ein anderes Projekt geplant ist, mit dem das Quartier nicht einverstanden ist. Der einzige Weg, inhaltlich etwas zu erreichen, führt über das Budget. Der Kürzungsantrag im Budget und das Postulat sollen dazu beitragen, dass das TED die Aufwertung des Quartierzentrums Nordbrücke endlich angeht. Sollte die Nordbrücke ersetzt werden, wünschen wir sie uns so, wie sie heute ist.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): *Das Postulat verlangt Kap-Haltestellen auf der Nordbrücke und grossflächig Tempo 30. Pläne des Tiefbauamts zeigen klar, dass eine Lösung mit normalen Bushaltestellen und zwei Spuren für den privaten Verkehr problemlos möglich ist. Tempo 30 ist unnötig. Der Verkehr ist flüssig und es wurden praktisch keine Unfälle verzeichnet. Die SBB will die Nordbrücke in Wipkingen verbreitern. Damit gibt es auch genügend Platz für Fussgänger und Velos. Es ist unnötig, eine künstliche Verengung zu produzieren, die den Verkehrsfluss behindert und niemandem nützt. Die Kap-Haltestelle einige Stationen weiter zeigt dies klar auf. Die SVP lehnt das Postulat ab.*

Michael Baumer (FDP): *Wenn an dieser Stelle Kap-Haltestellen gebaut werden, wird auch der Bus im Stau stehen. Es kann nicht Ziel und Zweck sein, den ÖV zu fördern, indem er verlangsamt wird. Der ÖV hat in der Stadt Zürich eigene Spuren. Diesen Vorteil über Bord zu werfen, ist unverständlich.*

Das Postulat wird mit 83 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2094. Antrag 151.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir schlagen Ihnen eine Verbesserung von 584 600 Franken vor. Der Posten könnte zumindest im Jahre 2012 gekürzt werden. Es geht um die neu geplanten Velofahranlagen, namentlich die Projekte Kasernenstrasse, Lagerstrasse, Ueberlandstrasse und Mühleweg. Die genannten Projekte sind unserer Ansicht nach im Moment unnötig. Mit der Einsparung von 584 600 Franken bleiben immer noch 3,2 Mio. Franken auf diesem Konto.*

Christine Seidler (SP): *Die Projekte tragen zur Verkehrssicherheit für Velofahrer bei. Es ist wichtig, dass man sich auch in Zürich sicher mit dem Velo bewegen kann. Ziel ist, möglichst viele Personen wieder zum Velofahren zu bewegen. Steigt die Zahl der Velofahrerinnen und Velofahrer, steigt damit auch die Akzeptanz für diese Gruppe von Verkehrsteilnehmenden. Nur durch gesteigertes Bewusstsein bei den anderen Verkehrsteilnehmenden werden die Velofahrer auch wahrgenommen. Die Mehrheit der RPK möchte die Gleichstellung der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer erreichen.*

Weitere Wortmeldungen:

Roland Scheck (SVP): *Wenn das Tiefbauamt ein Strassenbauprojekt durchführt, ist das Resultat für alle Verkehrsmittel meist schlechter als die bisherige Situation. In Anbetracht der angespannten Finanzlage ist es notwendig, die verschiedenen Vorhaben besser zu priorisieren, so wie das die RPK-Minderheit vorschlägt.*

Florian Utz (SP): Die SVP weist oft auf den Volkswillen hin, der respektiert werden müsse. Zur Frage der Veloförderung existiert ein Volksentscheid, nämlich das Ja zur Städteinitiative. In diesem Sinne möchte ich die SVP bitten, den Volkswillen zu respektieren.

Michael Baumer (FDP): Zum Votum von Florian Utz (SP): Bei der entsprechenden Vorlage sind keine Massnahmen und Beträge formuliert, sondern lediglich Zielformulierungen. Es ist erlaubt, die konkreten Projekte, die für die Umsetzung der Ziele nötig sind, nochmals im Detail zu betrachten und über die Höhe des Betrags zu entscheiden.

S. 276		TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
35		Tiefbauamt			
3515		Bau von Radfahreranlagen: Sammelkonto			
515000					
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
151.	Antrag Stadtrat			3'797'100	Mehrheit
		584'600		3'212'500	Minderheit

Begründung: Die Projekte Kasernenstr., Lagerstr., Ueberlandstr., Mühleweg sind unnötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 40 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 152. und 152.a (2011/481)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Das TED plant, zwei neue Lastwagen für je 350 000 Franken zu kaufen. Die RPK-Minderheit 1 ist der Meinung, dass in diesem Jahr vorerst nur ein Fahrzeug ersetzt werden sollte und bittet Sie um Unterstützung des Kürzungsantrags. Den Antworten des TED ist zu entnehmen, dass beim TED durchaus Interesse daran besteht, umweltfreundlichere Fahrzeuge anzuschaffen. Nicht zu vergessen: Die Hälfte des Energieverbrauchs eines Fahrzeuges fällt bereits bei dessen Produktion an. Deshalb ist es durchaus zu vertreten, dass der Kauf des zweiten Fahrzeuges um ein Jahr verschoben wird.

Theo Hauri (SVP): Regelmässig werden Lastwagen ersetzt, ohne je die Einsatzstrategie ernsthaft zu hinterfragen oder an die Konsequenzen der hohen Folgekosten zu denken. Nun sollen erneut zwei Lastwagen angeschafft werden. Ob mit oder ohne umweltfreundlichen Gasmotor ist irrelevant. Im vorliegenden Fall müssen nebst Zinsen zehn Mal Jahr für Jahr 70 000 Franken berechnet werden. Der Chauffeur kostet pro Fahrzeug und Jahr rund 100 000 Franken, dazu kommen Reparaturen, Treibstoff, Steuern und Abgaben. Die Auslastung dürfte speziell im Winter nicht gänzlich gesichert sein. Die beschriebenen Einsatzbereiche können ohne Einbussen für die Auftraggeber ausgelagert werden. Die Investition von 700 000 Franken ist überflüssig und kann erweitert um die eingesparten Unkosten zur Bildung von Eigenkapital verwendet werden.

Christine Seidler (SP): Die SVP scheint alle Dienstleistungen, die die Stadt gut und effizient erbringt, privatisieren zu wollen. Die Mehrheit der RPK unterstützt dieses Anliegen nicht und folgt deshalb dem Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Martin Mächler (EVP): Bei unseren Anträgen geht es darum, dass die verschiedenen Verwaltungsabteilungen der Stadt vermehrt auf umweltfreundliche Fahrzeuge achten sollten. Die EVP reichte bereits im April 2010 eine Motion ein, welche eine Verordnung verlangt, dass die Stadt den Umstieg auf emissionsärmere Fahrzeuge erleichtern soll. Der Stadtrat lehnte diese Motion ab. Vor eineinhalb Monaten reichte die EVP ein Postulat mit der Forderung ein, dass in möglichst allen Dienstabteilungen der Stadt emissionsarme Fahrzeuge gefördert werden sollen. Dieses Postulat ist auf der 24. Warteposition im DIB. Deshalb haben wir nun drei Postulate im Budget eingereicht. Es geht uns nicht direkt um die zwei Lastwagen, sondern darum, dass die Stadt Zürich prinzipiell eine umweltfreundliche Flottenpolitik betreiben sollte.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Der Stadtrat verfolgt die 2000-Watt-Gesellschaft und berücksichtigt diese auch bei der Fahrzeugbeschaffung. Wir nehmen das Postulat entgegen. Bei den Ersatzfahrzeugen existiert eine klare Flottenpolitik. Wichtig ist aber auch, dass Ersatzmassnahmen und -beschaffungen vorgenommen werden können. Die beiden Lastwagen sind zwölf beziehungsweise dreizehn Jahre alt. Der Unterhalt oder die Reparaturen würden höhere Kosten verursachen als eine Neuanschaffung.

Weitere Wortmeldungen:

Theo Hauri (SVP): Wir sind dafür, dass die Lastwagen bei privaten Unternehmen gemietet werden. Es handelt sich nicht um Spezialfahrzeuge. Noch ein Wort zum Antrieb: Ob ein Hybriddieselantrieb oder ein konventioneller Dieselantrieb besser ist, wählt die Behörde sicher richtig aus. Die wirtschaftlichere Variante sollte bevorzugt werden. Doch in diesem Fall überlässt man es besser der Industrie und den Privaten.

Ruggero Tomezzoli (SVP): Ich spreche zum Postulat 2011/481. Das Postulat verlangt, dass man für den Ersatz von zwei Lastwagen die umweltschonendsten Modelle beschafft. Der Stadtrat und das TED achten schon lange darauf, dass umweltfreundliche Modelle gekauft werden, sei es bei Maschinen oder Fahrzeugen. Die Umweltfreundlichkeit ist allerdings nicht das einzige Kriterium. Ein Lastwagen muss vielen Anforderungen gerecht werden und insgesamt ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis aufweisen. Die SVP lehnt das Postulat ab.

Philipp Käser (GLP): Die Beschaffungsstrategie der Stadt Zürich legt Wert auf folgende drei Aspekte: Soziales, Ökonomie und Umweltschutz. Das Postulat fordert nicht viel mehr, als von der Stadt bereits getan wird. Insofern ist das Postulat nicht nötig. Die GLP setzt sich sehr für Umweltschutz ein, doch für eine nachhaltige Verankerung des Umweltschutzes muss nicht nur der Umweltschutz an sich, sondern auch die Ökonomie und die soziale Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Aus diesem Grund unterstützen wir das Postulat nicht. Aus ähnlichen Gründen unterstützt die GLP auch das Postulat für die Beschaffung der Bioabfall-Sammlung nicht. Dieser Auftrag wird von der Stadt bereits ausgeführt.

Alexander Jäger (FDP): Die FDP unterstützt das Postulat, obgleich sie selbst bereits das Postulat 2005/98 eingereicht hat. Doch es braucht noch etwas mehr Druck. Die FDP wünscht sich, dass auch im Polizeidepartement bei der Fahrzeugbeschaffung noch mehr auf die Ökologie geachtet wird.

S. 277	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	561000	Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
152.	Antrag Stadtrat			800'000	Mehrheit
		350'000		450'000	Minderheit 1
		700'000		100'000	Minderheit 2
		Begründung: GLP/FDP: 1 statt 2 LKW; SVP: div. LKW nicht nötig - Dienste durch Private übernehmen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (800'000) 67 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

2147. 2011/481

Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011:

Tiefbauamt, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Ersatzbeschaffung von zwei Lastwagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Martin Mächler (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2104/2011).

Wortmeldungen siehe Antrag 152 (104. Sitzung, Beschluss-Nr. 2094/2011).

Ruggero Tomezzoli (SVP) stellt den Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 81 gegen 34 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2094. Antrag 153.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir beantragen beim Produktegruppen-Globalbudget Geomatik und Vermessung eine Verbesserung von 300 000 Franken und damit den Verzicht auf die Schaffung von zwei neuen Stellen. Das Budget 2011 war ausreichend, somit sollte der Betrag auch für 2012 genügen.

Christine Seidler (SP): Der Kürzungsantrag betrifft zwei Stellen. Betroffen wären Spezialisten für das geografische Informationssystem. Diese Spezialisten modellieren hochkomplexe Situationen, die in Alltags- oder Katastrophensituationen in unserer Stadt entstehen könnten, und arbeiten Lösungsansätze für diese Situationen aus. Dazu gehört auch die Modellierung von Verkehrsmodellen, die Kapazitätsengpässe aufzeigen und den Verkehrsfluss optimieren soll. Auch für solche Anliegen sind die Stellen wichtig. Wir folgen deshalb dem Antrag des Stadtrats.

S. 278	35 3525	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Geomatik + Vermessung Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudgets / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
153.	Antrag Stadtrat			4'210'700	Mehrheit
		300'000		3'910'700	Minderheit
					Enthaltung
					Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Saldoverbesserung (2 Stellen einsparen / zurück auf Budget 2011)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 154. und 154.a (2011/482)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Theo Hauri (SVP): Nach einer bescheidenen ökonomisch richtigen Einschränkung im Budget 2011 soll nun wieder im grossen Stil in Lastwagen investiert werden. Den Schwerpunkt bilden fünf schwere Bioabfall-Lastwagen und zwei normale Kehrichtwagen mit Investitionskosten von rund 2,91 Mio. Franken. Der Kauf macht umso weniger Sinn, als eine private Firma im benachbarten Wallisellen exakt dieselbe Dienstleistung anbietet und noch über Kapazität verfügt. Schwere Absetzkippen gehören ebenfalls zum Standardfahrzeugpark jedes privaten Transportgeschäftes und stehen beim bevorstehenden scharfen Einbruch der Baukonjunktur zu vorteilhaften Konditionen zur Verfügung. Die unnötigen Investitionen von rund 3,24 Mio. Franken verursachen nebst hohen Abschreibungen und Zinsen auch noch hohe variable Kosten. Ein Transportauftrag der Biogas Zürich an das ERZ mit dem Argument, umweltschonende Synergien und Effizienz zu erzielen, ist an den Haaren herbeigezogen. Private Unternehmen sind aus Kostengründen und in ihrem eigenen Interesse schon lange gezwungen, sämtliche Rationalisierungsmassnahmen konsequent auszuschöpfen. Wer zur Bildung von namhaftem Eigenkapital ernsthaft Hand bieten will, unterstützt die Kürzung um 3,24 Mio. Franken. Zum Postulat: Ob der Gasmotor im Lastwagenbau den wirtschaftlichen und technischen Praxishärtetest erfolgreich besteht und die inländischen Kompogas-Lieferanten den Treibstoff in genügenden Mengen nachliefern können, muss sich noch weisen. Gerade bei schweren Lastwagen ist die Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit oberstes Gebot. Der erprobte Euro-6-Dieselmotor liegt hier vorne. Andere Antriebsformen werden sich noch einige Zeit in der Versuchsphase befinden. Kostspielige Experimente sind den Herstellerwerken und der Privatwirtschaft zu überlassen. Das Postulat ist abzulehnen.

Christine Seidler (SP): Auch dieser Antrag hat das Ziel, die Privatisierung dieser wichtigen Aufgabe der öffentlichen Hand anzustreben. Wohin dies führt, konnte bei den Missständen der Abfallbewirtschaftung in Neapel beobachtet werden. Wir streben keine solchen Zustände an und folgen mit der RPK-Mehrheit dem Stadtrat.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Martin Mächler (EVP): Beim Postulat geht es nicht direkt um Lastwagen, sondern um prinzipielle Flottenpolitik. Zu diesem Thema ist noch zu sagen, dass bald die Grünabfuhr und die Vergärungsanlage in Betrieb gesetzt werden. Damit wird insbesondere Biogas aus den Grünabfällen der Stadt Zürich produziert. Es wäre deshalb sinnvoll, wenn die Fahrzeuge, die das Grüngut einsammeln, mit dem eigenen Gas betrieben werden könnten. Gleichzeitig ist noch nicht bekannt, ab wann wie viel Gas produziert werden kann. Deshalb haben wir hier „Kompogas“ eingetragen. Die Stadt Zürich soll sich überlegen, wie das funktionieren wird. Auch ökonomische Punkte und der Unterhalt sollten berücksichtigt werden. Wir stimmen beim Antrag mit der Mehrheit.

Matthias Probst (Grüne): Wir unterstützen die Stossrichtung des Postulats und möchten noch drei Punkte bemerken. Erstens: Es existiert noch keine VCS-Umweltliste zu Lastwagen. Diese wäre abzuwarten. Zweitens: „Kompogas“ ist ein eingetragenes Markenzeichen der Axpo. Die Stadt Zürich sollte nicht unbedingt „Kompogas“ benutzen, sondern stadteigenes Biogas. Entsprechend stellen wir einen Textänderungsantrag: In der Klammer ist der Begriff „Kompogas“ durch „stadteigenes Züribiogas“ zu ersetzen. Drittens: Das in der Stadt produzierte Biogas soll einer möglichst effizienten Nutzung zugeführt werden, zum Beispiel in einer WKK-Anlage oder in Lastfahrzeugen. Wir unterstützen das Postulat. Der Änderungsantrag ist bereits deponiert.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir erachten den Textänderungsantrag als gute Idee, auch wenn wir „Kompogas“ als generischen Begriff benutzt haben. Die Kritik, dass keine Umweltliste zu Lastwagen existiert, ist berechtigt.

S. 290	35 3550 500012	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Anschaffungen von Kehrlichfahrzeugen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
154.	Antrag Stadtrat				3'850'000	Mehrheit Christine Seidler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
					3'240'000	Minderheit 610'000 Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
			Begründung: Anschaffung 8 LKW nicht nötig - Dienste können durch Private erledigt werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

2148. 2011/482

**Postulat von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 12.12.2011:
ERZ, Auswahl des umweltschonendsten Fahrzeugmodells bei der Ersatzbeschaffung der Sammelfahrzeuge für die Bioabfallsammlung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe Antrag 154 (104. Sitzung, Beschluss-Nr. 2094/2011).

Dr. Martin Mächler (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2105/2011).

Theo Hauri (SVP) stellt den Ablehnungsantrag.

Matthias Probst (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Ersatzbeschaffung sowie beim Ersatz der Sammelfahrzeuge für die Bioabfallsammlung für ERZ das für deren Einsatzzweck umweltschonendste Fahrzeugmodell (z.B. Gasbetrieb mit 100% ~~Kompostgas~~ kompostgas-stadteigenem Züribiogas, EEV-Motoren) usw. ausgewählt werden kann.

Dr. Martin Mächler (EVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 85 gegen 35 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2094. Antrag 155.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Minderheit der RPK erachtet diese Erhöhung als unnötig. Die 75 000 Franken wurden im Jahr 2011 nicht benötigt, demnach braucht es sie auch im Jahr 2012 nicht.

Christine Seidler (SP): Meine Argumente beziehen sich auf die Anträge 155 und 156. Littering beschäftigt die Stadtreinigung zunehmend. Die Ursachen: Zunehmende Veranstaltungen, 24-Stunden-Gesellschaft, die tiefere Hemmschwelle der Bevölkerung. Littering verursacht in der Schweiz jährlich Kosten von 200 Mio. Franken. Deshalb sind öffentlichkeitswirksame Aktionen für eine saubere Zukunft in Zürich geplant. Es wird immer komplexer, dieser Aufgabe nachzukommen. Die Datenerfassung für die interne Analyse der Betriebsdaten ist sehr zeitintensiv. Der Antrag verlangt, dass die Daten auch auf den Fahrzeugen erfasst werden können und der Einsatz der Stadtreinigung dadurch flexibler, schneller, effizienter und kostengünstiger erfolgen kann. Die Mehrheit der RPK beantragt, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und das Anliegen zu unterstützen.

S. 298	35 3560 3101 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
155.	Antrag Stadtrat				183'900	Mehrheit
			75'000		108'900	Minderheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Begründung: Erhöhung Kosten für Vereinheitlichung ERZ-Auftritt, weil 2011 hier gespart wurde

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 47 Stimmen zu.

Antrag 156.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die RPK-Minderheit ist der Meinung, dass der Posten um 63 900 Franken gekürzt werden kann. Es geht um temporäre Aktionen in der Öffentlichkeitsarbeit beim ERZ. Die Öffentlichkeitsarbeit kann auch zu einem tieferen Betrag betrieben werden.

Christine Seidler (SP): Wortmeldung siehe Antrag 155.

S. 298	35 3560 3107 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
156.	Antrag Stadtrat				127'800	Mehrheit
			63'900		63'900	Minderheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Andrea Nüssli- Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP) Enthaltung Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP)
						Begründung: Reduktion um 50 %

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 157.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Erhöhung gegenüber der Rechnung 2010 und dem Budget 2011 ist unserer Meinung nach nicht notwendig. Wir fordern eine Verbesserung von 100 000 Franken.

Christine Seidler (SP): In meinem Votum zu den Anträgen 155 und 156 habe ich die Argumente des Problems der Stadtreinigung ausgeführt. Bei Antrag 157 liegt das gleiche Thema vor, dieses Mal sind die Werkzeuge betroffen. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Mitarbeitenden des ERZ, die diese Arbeit ausführen, Wertschätzung verdienen und auch anständige Werkzeuge für ihre Arbeit erhalten sollten. Wir möchten den Antrag des Stadtrats unterstützen.

S. 298	35 3560 3130 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
157.	Antrag Stadtrat				1'601'000	Mehrheit
			100'000		1'501'000	Minderheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wylter (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Erhöhung gegenüber Rg 2010 und Budget 2011 sollte ausreichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 60 Stimmen zu.

Antrag 158.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Bei diesem Antrag stimmen wir mit dem Stadtrat. Im Winter wäre eine Schwarzräumung in bestimmten Fällen durchaus sinnvoll. Bei Schnee und Eis ist die Situation nicht nur auf der Strasse, sondern auch auf den Trottoirs schwierig. Stimmen Sie für die Schwarzräumung.

Christine Seidler (SP): Bei diesem Antrag streben wir eine Neuausrichtung des Winterdienstes und somit eine Schonung der Umwelt an. Die Mehrheit der RPK beantragt eine Verbesserung von 50 000 Franken. Die Sicherheit und Mobilität im Winter kann, wie die letzten zwei Winter gezeigt haben, auch ohne Schwarzräumung gewährleistet werden. Salz schadet Bäumen und Fahrzeugen und kann durch das Auftauen und Wiedergefrieren steilere Strassen in gefährliche Eisflächen verwandeln. Der Verzicht auf grossen Salzeinsatz würde auch von der Bevölkerung geschätzt.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Ueli Nagel (Grüne): Vor einer Woche kommunizierte der Stadtrat die Neuausrichtung des Winterdienstes und erwähnte dabei, es sei keine stadtweite Schwarzräumung notwendig, um Sicherheit und Mobilität in der Stadt zu gewährleisten. Für die kommende Saison setzt die Stadt deshalb einen zweckdienlichen Winterdienst um. Das bedeutet, dass nur noch die Hauptverkehrsachsen schwarzgeräumt werden und Salz nur noch bei drohender Schnee- und Eisglätte zum Einsatz kommen würde. Die Grünen begrüßen dieses Vorgehen sehr. Es setzt die Hauptforderung unseres Postulats 2010/487 zu einem reduzierten Winterdienst um, das vor einem Jahr überwiesen wurde. In den letzten Jahren waren jeweils 300 000 Franken für den Winterdienst mit Streusalz im Budget eingestellt – auch wenn in den letzten beiden Jahren wegen des europaweiten Salz-mangels gar nicht so viel Salz eingekauft und verbraucht werden konnte. Deshalb er-

staunt es, dass im Budget 2012 wieder derselbe Betrag eingestellt ist, obwohl mit der neuen Ausrichtung des Winterdienstes geringere Salzmengen eingesetzt werden sollen. Nehmen Sie die Neuausrichtung und den Stadtrat beim Wort und unterstützen Sie den Kürzungsantrag von 50 000 Franken.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Die EVP unterstützt das Anliegen nicht. Wir fürchten um die Sicherheit von Senioren und Familien mit Kindern auf den Trottoirs und hoffen, dass diese Verkehrsteilnehmenden bei der Umsetzung der neuen Strategie nicht vergessen gehen.*

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 105, Protokoll-Nr. 2094/2011).

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2149. 2011/504

Schriftliche Anfrage von Marcel Savarioud (SP) und Hans Jörg Käppeli (SP) vom 21.12.2011:

Erschliessungsstrategie der ETH Höneggerberg mit den Buslinien 69 und 80

Von Marcel Savarioud (SP) und Hans Jörg Käppeli (SP) ist am 21. Dezember 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit Fahrplanwechsel vom 11. Dezember 2011 fahren von Montag bis Freitag in den Hauptverkehrszeiten die Buslinien 69 und 80 mit einem dichteren Fahrplan sowie mit zusätzlichen Eilkursen Richtung ETH Höneggerberg. Diese Buslinien kommen schon seit Jahren an ihre Kapazitätsgrenzen. Eine Verdichtung des Fahrplans war schon seit längerem überfällig.

Eine Möglichkeit die steigende Nachfrage zu befriedigen sowie solche Kapazitätsengpässe zu entschärfen sind der Einsatz von Doppelgelenk-Trolleybusse.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviele Eilkurse werden auf der Linie 69 vom Bucheggplatz Richtung ETH Höneggerberg eingesetzt und wie hoch ist deren Auslastung? Wie hoch sind die Betriebskosten für diese Eilkurse?
2. Sind mit diesen Eilkursen und mit der Verdichtung des Fahrplans die Kapazitätsprobleme zur ETH Höneggerberg gelöst? Decken diese Taktverdichtung und Eilkurse die steigende Nachfrage ab, wenn Ja für wie lange?
3. Könnte die Kapazität durch den Einsatz von Doppelgelenk-Trolleybusse auf den Linien 69 und 80 ohne Taktänderung erhöht werden? Wieviel Betriebskosten könnten mit dem Einsatz von Doppelgelenk-Trolleybusse gespart werden?
4. Wie sehen die Pläne des Stadtrates für die Buslinien 69 und 80 aus?
5. Welche Buslinien stossen nebst den Linien 69 und 80 an ihre Kapazitätsgrenzen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 21. Dezember 2011, 20.30 Uhr.